09 / 2013 www.SBL2013.de 30.08.13
infoservice

Vertraut.
www.SBL2013.de
Sabine

# Sabines Klartext

**Sabine Bätzing-Lichtenthäler:**
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkämpfer !

Heute Abend um 18.00 Uhr wird uns Malu Dreyer in die letzten 3 Wahlkampfwochen schicken! Seid dabei in der Altenkirchener Stadthalle! Am Wochenende bestehen dann viele Möglichkeiten um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen über unsere Politik und unser Regierungsprogramm!
Nutzt jede die Gelegenheit!! Und wenn ihr Bekannte trefft, die sich noch nicht entschieden haben:
ab sofort ist der WAHL-O-MAT der Bundeszentrale für politische Bildung online, der Hilfestellung bei der Wahlentscheidung bietet:
http://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/

Also - vielleicht sehen wir uns die Tage!
Ich freu mich drauf!!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de**

www.twitter.com/Sabine_Baetzing
www.facebook.com/SBL.SPD


## Topthema

**Syrien – Eine Eskalation ist dringend zu vermeiden!**

In dieser Woche wurde die internationale Politik sehr stark vom Syrienkonflikt bestimmt. Die USA, Frankreich und Großbritannien vertreten die Auffassung, dass auch ohne ein Mandat der Vereinten Nationen ein Militärschlag gerechtfertigt sei.
Die Diskussion über einen möglichen Militärschlag gegen Syrien nimmt auch bei uns an Schärfe zu. Bundeskanzlerin Merkel hat diese Woche in der Angelegenheit mit dem britischen Premier Cameron telefoniert. Nach britischen Angaben war man sich einig, dass aufgrund des Chemiewaffeneinsatzes, als dessen Urheber das Assad-Regime bezeichnet wird, „eine entschlossene Reaktion der internationalen Gemeinschaft erfolgen“ müsse.
Wenn die Bundeskanzlerin in einer so weit reichenden Frage wie der eines Militäreinsatzes offenbar ihre Position geändert hat – vor wenigen Tagen warnte sie noch vor einer überstürzten militärischen Reaktion – dann ist es ihre Pflicht, dies unverzüglich dem Parlament und den Bürgerinnen und Bürgern mitzuteilen. Eine Verschleierungstaktik, mit der Merkels Sinneswandel vernebelt werden soll, ist inakzeptabel.
Noch sind nicht alle politischen und diplomatischen Instrumente ausgeschöpft. Russland hat sich in den letzten Tagen bewegt und Druck auf das Regime in Damaskus ausgeübt, den Waffeninspekteuren der Vereinten Nationen Zugang zu den vermuteten Einsatzorten der Chemiewaffen zu gewähren. Deren Untersuchung hat diese Woche begonnen. Ihre Ergebnisse müssen abgewartet werden.
Ein Militärschlag ohne ausreichende Beweise über die Urheberschaft könnte zu einer unkalkulierbaren Eskalation des Konflikts in der gesamten Region beitragen. Statt sich vorschnell auf eine Option festzulegen, muss die Bundeskanzlerin und ihre Regierung alles Erdenkliche tun, um eine solche Eskalation zu vermeiden und sich auf allen Ebenen verstärkt für eine politische Lösung des Konflikts unter Führung der Vereinten Nationen einsetzen.

## Finanzen

**Gewerbesteuer – Hände weg, Herr Schäuble!**

Die Gewerbesteuer ist eine der wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen. Sie sind auf die Einnahmen dringend angewiesen. Trotzdem hat Wolfgang Schäuble wieder einmal die Abschaffung der Gewerbesteuer gefordert. Die Abschaffung der Gewerbesteuer war, ist und bleibt Schäubles steuerpolitische Obsession. Schäuble will einfach nicht akzeptieren, dass es keine überzeugenden Argumente für die Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein kommunales Hebesatzrecht bei der Einkommensteuer gibt.
Im Gegenteil: Ein solcher Umbau der Kommunalfinanzierung wäre zum Schaden der Städte und Gemeinden in Deutschland. Mit Schäubles Vorstoß wird die Bundestagswahl damit auch zur Abstimmung über die Zukunft der Kommunen in Deutschland.
Die große Mehrheit der Kommunalpolitiker und der kommunalen Verbandsvertreter hat auch anlässlich der letzten regierungsamtlichen Gemeindefinanzkommission 2010/2011 allen Plänen zur Abschaffung der Gewerbesteuer klar widersprochen. Insbesondere gibt es bei unvoreingenommener Betrachtung keinen Beleg dafür, dass die Einkommensteuer eine „beständigere Einnahmequelle“ für die Kommunen wäre.
Hinzu käme, dass im Ergebnis bei Ersetzung der Gewerbesteuer die Städte und Gemeinden in Deutschland sich wahrscheinlich finanziell noch stärker auseinanderentwickeln würden, als es jetzt bereits der Fall ist. Eines ist allerdings sicher: Die Abschaffung der Gewerbesteuer nützt natürlich den steuerpflichtigen Unternehmen. Es fände mit Schäubles Plänen eine Umverteilung von Steuerlasten von den Unternehmen zu den Bürgerinnen und Bürgern statt.
Auch wenn Schäuble sich im Bundestag, auf Vortragspodien und auf internationaler Bühne immer als Finanzphilosoph und als Retter des Euro inszeniert: Wolfgang Schäuble ist nach wie vor der Unternehmerlobbyist und Klientelpolitiker, der er immer war.

## Gesundheit

**Krankenversicherung – Bahrs Vorschlag hat keine Unterstützer!**

Die Pläne von Gesundheitsminister Daniel Bahr mehr Bürgerinnen und Bürger in private Krankenkassen zu bringen, sind unsozial. Die privaten Krankversicherungen suchen sich ihre Kundinnen und Kunden nach Gesundheitszustand aus. Wird die Versicherungspflichtgrenze gekippt, bedeutet das, dass die privaten Krankenkassen noch mehr gesunde Menschen aufnehmen können.

Währenddessen müssen die gesetzlichen Kassen alle Kosten für diejenigen tragen, die die privaten Versicherer wegen zu hoher Gesundheitskosten ablehnen. Statt den privaten Versicherern noch mehr Geld in den Rachen zu werfen, brauchen wir endlich eine Bürgerversicherung, die von der gesamten Bevölkerung solidarisch getragen wird. Die negativen Folgen des unsolidarischen privaten Versicherungssystems zeigen sich für viele Menschen im hohen Alter. Dann steigen die Versicherungsbeiträge nämlich extrem an. Das System der privaten Krankenversicherung hat ausgedient. Daniel Bahr darf nicht weiter Politik für seine Klientel betreiben.

### GERECHTE STEUERN 6

*EINE GERECHTE GESELLSCHAFT BRAUCHT GUTE BILDUNG, INFRASTRUKTUR, STARKE GEMEINDEN UND SCHULDENABBAU. DESHALB: EINE SOLIDARISCHE BEITRAGSKULTUR ZWISCHEN DENEN, DEN ES SEHR GUT GEHT, UND DENJENIGEN, DIE SCHON HOHE BELASTUNGEN HABEN. WIR SAGEN OFFEN, WOHER DAS GELD FÜR INVESTITIONEN KOMMT.*

**WAS WIR WOLLEN**

- Der neue **Spitzensteuersatz** soll **49 Prozent** betragen: ab einem zu versteuernden Einkommen von **100.000 Euro für Singles** und **200.000 Euro für Ehepaare**.
- Wir wollen, dass auch **Millionen-Vermögen** wieder einen Beitrag leisten. Dafür werden wir die Vermögensteuer wieder einführen.

**MANCHE BEHAUPTEN...**

... auch die **Mittelschicht** muss dann mehr zahlen. **Das ist falsch!** Nach unserem Konzept sind zum Beispiel Facharbeiter, Krankenschwestern oder Lehrer nicht betroffen. Aber der alleinstehende Facharzt mit 85.000 Euro Jahreseinkommen zahlt etwas mehr: 13 Euro monatlich!

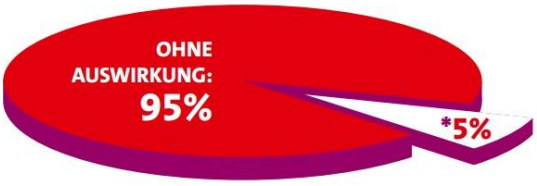
**KONKRET HEIßT DAS...**

... es werden weiterhin nur absolute Spitzenverdiener besteuert, aber auch unterhalb des neuen Spitzensteuersatzes ändern sich die Progressionsstufen. Eine Familie mit zwei Kindern zahlt aber erst ab einem **Jahreseinkommen von 138.000 Euro** mehr: **17 Cent im Monat**!

**MEHR GUTE ARGUMENTE**

- Die Merkel-Regierung hat in den vergangenen Jahren **100 Milliarden Euro** neue Schulden gemacht – trotz Rekord-Steuereinnahmen! Die Gesamtverschuldung liegt bei über **2.000 Milliarden Euro**. Geld, das unsere Kinder, Enkel und Urenkel zurückzahlen müssen.
- Deutschland braucht Investitionen: Zum Beispiel für bessere **Bildung: rund 20 Milliarden Euro**. Und für die **Verkehrsinfrastruktur** brauchen wir **mindestens 2 Milliarden Euro** zusätzlich.
- Das **zusätzliche Aufkommen** allein durch den neuen Spitzensteuersatz wird bei rund **6 Milliarden Euro** jährlich liegen. Das ist wichtig für Zukunftsinvestitionen und Schuldenabbau. Weitere Einnahmen kommen unter anderem durch die Vermögenssteuer, die erhöhte Kapitalertragssteuer und die Spekulantensteuer.
- Bis zu einem zu versteuernden Einkommen von **64.000 Euro für Singles und 128.000 Euro für Ehepaare** zahlt niemand mehr. Der **Durchschnittslohn** in Deutschland liegt bei rund **30.000 Euro** im Jahr.

**ANTEIL DER STEUERPFLICHTIGEN, DIE NACH UNSEREN PLÄNEN ETWAS MEHR* BEITRAGEN WERDEN**




## Kinder & Jugendliche

**Kinderrechte gehören ins Grundgesetz – Und das bald!**

Das neue LBS-Kinderbarometer ist veröffentlicht. Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass Kinder und Jugendliche mehr mitbestimmen wollen. Weil die UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf Beteiligung vorsieht, ist neben den Städten und Gemeinden ebenfalls der Bund gefordert. Denn er hat eine wichtige Unterstützungsfunktion. Aber man kann nur den Kopf darüber schütteln, dass die Bundesjugendministerin lapidar erklärt, zukünftig den Wunsch von Kindern und Jugendlichen nach mehr Beteiligung ernster nehmen zu wollen und es dabei versäumt, konkrete Vorschläge zu machen.

Wer es mit der Beteiligung wirklich ernst meint, muss für stärkere Rechte für Kinder und Jugendliche kämpfen. Dazu gehört vor allem, für die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz einzutreten.

In Deutschland fehlt es zudem an einem unabhängigen Verfahren, um die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention zu überwachen. Ein solches Monitoring wird beispielsweise in Norwegen und Schweden längst praktiziert.

Auch ist eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre überfällig. Ein solcher Schritt muss einhergehen mit einer guten politischen Bildung – innerhalb sowie außerhalb der Schulen.

Zudem muss der nationale Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland“, den die schwarz-gelbe Bundesregierung hat auslaufen lassen, neu aufgelegt werden.

## Termine

| | | |
|---|---|---|
| **31.08.13** | *10.30 Uhr* | *100 Jahre Westerwaldbahn* |
| | **16.30 Uhr** | **Weinfest Unkel** |
| | *18.30 Uhr* | *Verbandsfeuerwehrtag Linz* |
| **01.09.13** | **10.15 Uhr** | **150 Jahre Ev. Kirche Gebhardshain** |
| | **12.00 Uhr** | **Kinderfest Tierpark Niederfischbach** |
| | **14.30 Uhr** | **Weinfest Unkel** |
| | **16.00 Uhr** | **Sommerfest der SPD Niederbieber-Segendorf** |
| | **17.00 Uhr** | **Orgeleinweihung Marktkirche NR** |
| | **19.00 Uhr** | **TV-Duell Public-Viewing Betzdorf** |
| **02.09.13** | *ganztags* | *Sitzungstag Berlin* |
| **03.09.13** | *09.00 Uhr* | *Plenum Bundestag* |
| | *17.00 Uhr* | *Großes Wahlkampfteam NR* |
| | **19.00 Uhr** | **Diskussion Kolpingfamilie NR** |
| **04.09.13** | **09.00 Uhr** | **Tag in der VG Unkel** |
| | *17.00 Uhr* | *DGB Kreisvorstand Neuwied* |
| **05.09.13** | **10.00 Uhr** | **Jahrmarkt Straßenhaus** |
| **06.09.13** | **08.30 Uhr** | **Tag in der VG Linz** |
| | *18.45 Uhr* | *Eröffnung Winzerfest Linz* |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**